Einzelpreis 1.50 Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juni 42,— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 76,— M., für das übrige Ausland 94,— M.

Mittwoch, den 28. Juni 1922

5. Jahrg. Nummer 258

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 18,— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sozialistisch-freigewerkschaftliche Einheitsfront!

Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in Ausführung des Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses sich mit dem Vorstand des Afa-Bundes und den drei politischen Arbeiterparteien in Verbindung gesetzt. In gemeinschaftlichen Beratungen sind von den Unterzeichneten die folgenden Forderungen beschlossen worden:

An die Reichsregierung und den Reichstag!

Das Gesetz zum Schutz der Republik muß enthalten:

Sofortiges Verbot und strenge Bestrafung jeder monarchistischen oder antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild und Schrift. Bestrafung derjenigen, die solche Agitation oder Angriffe auf die Republik und ihre Organe irgendwie verherrlichen, belohnen oder begünstigen. **Verbot und sofortige Auflösung aller monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen.** Verbot der monarchistischen Fahnen und Farben. Sofortige Beseitigung aller monarchistischen Embleme in den öffentlichen Gebäuden und Anstalten. Bestrafung jedes Angriffs in Tat, Wort oder Schrift auf die republikanischen Farben und Fahnen. **Strenge Vorschriften zur Säuberung der Regierungsstellen und Behörden,** einschließlich der Gerichte und der Reichswehr von allen monarchistischen oder antirepublikanischen Elementen. Aufhebung derjenigen Rechte, die dieser Säuberung entgegenstehen. **Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes.** Verbot des Uniformtragens für ehemalige Offiziere. Untersagung weiterer Ernennung von Reserveoffizieren.

Einsetzung eines Außerordentlichen Gerichtshofes in Berlin, dessen Kammern aus je einem Richter und sechs Laienbeisitzern bestehen, die vom Reichspräsidenten zu ernennen sind. Uebertragung der Anklageerhebung an einen vom Reichsjustizminister zu ernennenden republikanischen Reichskommissar. Schaffung einer Reichsexekutive, insbesondere einer Reichskriminalpolizei.

Vorschriften zur Erleichterung der Verhaftung und Anordnung sofortiger Verhaftung solcher Personen, die gegen Gesetze zum Schutze der Republik verstoßen. Bestimmungen über Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens der Verurteilten sowie über Entziehung von Pensionen und Bezügen.

Die Geltungsdauer des Gesetzes ist zunächst auf mindestens zwei Jahre festzusetzen. Vom Reichstag erwarten wir, daß er dieses Gesetz in kürzester Frist verabschiedet und nicht früher auseinandergeht, bis es in Kraft getreten ist.

Unabhängig hiervon fordern wir:

Sofortige Amnestie

im Reiche und in den Ländern für alle wegen politischer Vergehen Verurteilten mit Ausnahme derjenigen, die im Sinne dieses Gesetzes strafbare Handlungen begangen haben. Amnestie auch für die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks zur Verantwortung Gezogenen, Einstellung aller aus demselben Anlaß eingeleiteten Disziplinarverfahren.

Die politischen Arbeiterparteien haben sich verpflichtet, diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen und alle Maßnahmen der Regierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen.

Von den Gewerkschaftsmitgliedern und den gesamten Arbeitnehmern Deutschlands

verlangen wir jetzt **absolute Einigkeit, geschlossene Disziplin,** festen Willen und Bereitschaft zur Unterstützung unseres Vorgehens, sobald wir sie dazu aufrufen.

Von den Gewerkschaften und Arbeiterparteien des Auslandes,

die uns wiederholt ihre Unterstützung zur Erhaltung der deutschen Republik zugesichert haben, fordern wir jetzt eine starke Einwirkung auf ihre Regierungen in der Richtung, daß die Entente von ihrer Gewaltpolitik gegen das deutsche Volk, die den Nationalisten und Monarchisten in Deutschland immer neuen Agitationsstoff geliefert hat, endlich abläßt.

An alle republikanisch gesinnten Organisationen

richten wir die Aufforderung, sich unseren Forderungen anzuschließen und auch ihre Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

Zur Beschlußfassung über die weiteren Maßnahmen und die Mitwirkung der gesamten Arbeitnehmerschaft sind die beiden Bundesausschüsse des ADGB. und des Afa-Bundes noch für diese Woche zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

Berlin, 27. Juni 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:
Leipart, Graßmann.
Allgemeiner Freier Angestelltenbund:
Aufhäuser, Urban, Staehr.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Müller, Braun.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Crispien, Dittmann.
Kommunistische Partei Deutschlands:
Meyer, Koenen.

* * *

Kundgebung der Gewerkschaftsinternationale

Der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam hat an den Vorstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes folgendes Telegramm gerichtet:

„Auf das Tiefste erschüttert durch die Nachricht von der kaltherzigen Ermordung Minister Rathenaus übermitteln wir Euch als Vertreter der deutschen Arbeiterklasse im Namen des organisierten Weltproletariats den Ausdruck unserer tiefgefühltesten Entrüstung und Abscheu über diese Bekrönung der in Deutschland überhand nehmenden Verbrechen der monarchistischen reaktionären Kreise. **Wir geben dem festen Vertrauen Ausdruck, daß die deutsche Arbeiterschaft jetzt derartige Maßnahmen treffen wird, daß die Reaktion in Deutschland für immer vernichtet wird.**

Im Namen aller zum Internationalen Gewerkschaftsbunde gehörenden Arbeiter verbürgen wir Euch die kräftigstmöglichste Unterstützung und Hilfe bei dem Säuberungsprozeß, der in Deutschland nötig ist.

Für den Internationalen Gewerkschaftsbund
Fimmen. Oudegest.

Bayern pfeift auf Verordnungen

(WTB.) München, 27. Juni.

Die Protestkundgebung gegen die Schuldlüge von Versailles findet laut Beschluß der sie veranstaltenden Verbände, wie vorgesehen, am 28. Juni statt.

Beschlagnahmte Hetzblätter

Auf Grund der Regierungsverordnung zum Schutze der Republik wurden gestern auf Anweisung der Abteil. I A des Berliner Polizeipräsidiums die Bulletzeitung, das „Deutsche Tageblatt", wegen eines Hetzartikels über Rathenau, die „Vaterländische Zeitung", die „Deutsche Fackel" wegen Beschimpfung der republikanischen Fahne in einer Notiz „schwarz-rot-senf" beschlagnahmt.

Wie uns noch mitgeteilt wird, hatte der Herausgeber der Fackel die Frechheit, an den Anschlagsäulen (z. B. in Schöneberg) neben den Regierungsaufruf seine Schmähschrift in großer schwarz-weiß-roter Umrandung anzupreisen, wobei die Worte schwarz-rot-senf besonders hervorgehoben sind.

Blutkitt

Blut ist ein besonderer Saft. Blut klebt, Blut kittet, Blut verbindet. Das Blut eines einzelnen, freventlich vergossen, kittet jetzt Millionen zusammen. Was vorher kein Appell an den Verstand und das Gefühl vermocht, das vergossene Blut hat es vollbracht. Es hat alles zusammengeführt, was in Deutschland auf dem Boden der Republik steht. Es ist schmerzlich, daß wiederum erst bitterste Erfahrung dazu notwendig war. Aber das Blut Rathenaus ist nicht umsonst geflossen, es ist der Blutkitt der deutschen Republik, wenn jetzt endlich die Republik sich durchsetzt.

Die Anhänger der Republik im bürgerlichen Lager haben bisher kaum gewagt, sich offen und frei zu ihr zu bekennen. Sie waren aus lauter Rücksichten gegen die gestürzten Vertreter der Monarchie zusammengesetzt. Schritt für Schritt konnten diese deshalb das verlorene Terrain zurückerobern. Die bürgerlichen Republikaner stammelten bereits Entschuldigungen über Entschuldigungen, daß die Republik überhaupt da sei. Vergebens haben einzelne entschiedene Demokraten und Republikaner im bürgerlichen Lager immer wieder auf die Folgen dieser politischen Feigheitstaktik hingewiesen. Die Schüsse auf Rathenau haben endlich die Feigen aufgeschreckt. Sein Blut hat sie zur Verteidigung der Republik zusammengekittet.

Wie lange wird dieser Blutkitt die bürgerlichen Republikaner zusammenhalten? Werden sie nach der Erregung der ersten Tage und Wochen zurückfallen in ihre alte Feigheit und Lethargie gegenüber der Republik? Schon die nächsten Tage werden darüber Auskunft geben. Zum Schutze der Republik müssen Gesetze geschaffen werden. Ihre Durchführung muß durch eine republikanische Reichsexekutive und ein republikanisches Gericht gesichert werden. Zentrum und Demokraten werden dabei ihre Feuerprobe zu bestehen haben. Beide Parteien haben im Reichstage ein Bekenntnis zur Republik abgelegt. Werden sie nun auch die nötigen Maßnahmen zu ihrem Schutze mitzuschaffen bereit sein? Das Blut Erzbergers und das Blut Rathenaus sollte sie fest für immer an die Republik gekittet haben!

Auch im proletarischen Lager hat das Blut Rathenaus als Kitt gewirkt. Alle sozialistischen Parteien und die freigewerkschaftlichen Millionenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben gemeinsame Forderungen zum Schutze der Republik aufgestellt. Alle weitergehenden Forderungen haben die einzelnen Parteien, besonders auch unsere Partei, zurückgestellt im Interesse der einheitlichen Kampffront des Proletariats. Wichtiger als die Betonung der besonderen Parteiforderungen ist in dieser Situation die gemeinsame Vertretung der gemeinsamen Forderungen des ganzen sozialistisch-freigewerkschaftlichen Proletariats! Mit Jubel werden die Millionen, die in diesen Tagen gegen die deutschnationale Mordreaktion demonstriert haben, die Kunde von der Einheitsparole im Kampfe um die Sicherung der Republik vernehmen. Neuer Mut und neue Hoffnungsfreudigkeit wird die Proletarierherzen erfüllen, die sich seit langem sehnen nach der Einheitsfront des Proletariats.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist auch in dieser Situation ihrer historischen Aufgabe treu, das Proletariat zusammenzuführen zu gemeinsamem Kampf gegen den gemeinsamen Feind. In diesem Sinne hat unsere Parteileitung im Einvernehmen mit der Reichstagsfraktion die Verhandlungen tatkräftig gefördert, die zu der Einheitsparole geführt haben. Sie handelt damit im Geiste unseres Manifests von Leipzig:

„In Deutschland ist bei der Stärke des Proletariats die Erringung und Behauptung der Macht durch die Arbeiterschaft die oberste Aufgabe. Dazu bedarf es vor allem der **Zusammenfassung und Einigung aller proletarischen Kräfte.** Die Zusammenfassung und Einigung wird erwachsen aus dem Ringen des Proletariats um seine Lebensinteressen. **Politische Notwendigkeiten,** die weitere Entwicklung der sozialen Revolution haben die proletarischen Massen schon wiederholt **zu gemeinsamen Aktionen gezwungen** und werden es in Zukunft in immer erhöhtem Maße tun. Die Arbeiterparteien haben dabei die Pflicht, jeweils **das Maximum an Einheit des Proletariats herbeizuführen.** Dazu ist notwendig, daß eine Verständigung gesucht wird über die dem **Gesamtinteresse des Proletariats** dienenden Forderungen und über Art, Umfang und Ziel der gemeinsamen Aktion. Diese Verständigung zu gemeinsamen Kämpfen kann verschiedene Formen annehmen: **Aufstellung gemeinsamer Forderungen** und wenn notwendig ihre **gemeinschaftliche Vertretung in den Parlamenten** des Reichs, der Länder und der Gemeinden, **gemeinsame Kundgebungen, Demonstrationen** und andere Aktionen,

Aus diesen gemeinsamen Kämpfen wird sich der Weg ergeben, der schließlich zur Vereinigung führt auf dem Boden des Kampfes für die Verwirklichung des Sozialismus. . ."

Möge dieser Geist der Gemeinsamkeit, der das sozialistisch-gewerkschaftliche Proletariat jetzt zusammengeführt hat, dauernd sein Handeln bestimmen.

Blutige Demonstration in Hamburg

Die Hamburger Arbeiterschaft war am Montag auf dem Heiligen-Geist-Felde in großen Massen aufmarschiert, um gegen die Reaktion zu Demonstrieren. Es sprachen 20 Redner der drei Arbeiterparteien. Die Demonstration hatte einen durchaus ruhigen Verlauf. Bei dem Rückmarsch der Demonstranten kam es jedoch zu einem blutigen Zwischenfall. Wir entnehmen darüber der „Voss. Zeitung" folgendes: Als die Massen, die von der Demonstration zurückfluteten, sahen, daß zehn Orpo-Leute in den Anlagen beim Bismarck-Denkmal unter Führung eines Offiziers die Gewehre zusammengestellt und die Sturmriemen unter das Kinn geschnallt hatten, wurden sie sehr erregt. Am meisten Mißfallen erregte ein Plakat, auf dem zu lesen stand: **„Wer nicht weitergeht, wird erschossen!"** Die Ordnungspolizisten forderten die Umstehenden wiederholt auf, sich zu entfernen. Als dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde und einzelne Leute eine drohende Haltung annahmen, gab der Offizier Befehl zum Schießen. Zwei Orpo-Leute gaben zunächst einige Schreckschüsse ab. Als die Menge aber trotzdem nicht von der Stelle wich, gab der Offizier nochmals Befehl zum Feuern. Die Kugeln drangen in die Menge und rissen mehrere Leute zu Boden. Eine wilde Panik bemächtigte sich der Umstehenden. Die Leute flüchteten nach allen Richtungen, wobei viele, auch Frauen, zu Boden gerissen wurden. Eine zweite Salve folgte der ersten. **Abermals sah man mehrere** Menschen zu Boden stürzen. Als die Orpo-Leute endlich mit der Schießerei aufhörten, fand man zehn Verwundete in ihrem Blute schwimmend. Hiervon waren sieben schwerer verletzt. **Einer der Verwundeten ist bereits gestorben.** Der Orpo-Offizier ließ fünfzig Mann mittels Lastautos als Verstärkung anrücken, da das Schießen die Erregung der Massen sehr gesteigert hatte und die Gefahr vorlag, daß die zehn Orpo-Leute eingeschlossen und gelyncht werden würden. Die Verstärkung konnte durch ihre besonnenen Führer die nach Tausenden zählende Menge jedoch bald zerstreuen.

Die Demonstrationen im Reich

Aus dem ganzen Reiche liegen telegraphische Mitteilungen über gewaltige Protestkundgebungen gegen die Reaktion am gestrigen Dienstag vor. In Frankfurt a. M., Erfurt, Lübeck usw. war der Umfang der Demonstrationen, die ruhig verliefen, ein gewaltiger. In Karlsruhe in Baden kam es vor der Geschäftsstelle der deutschnationalen Partei zu lauten Kundgebungen gegen die Mörderpartei, in Darmstadt drangen Demonstranten in die Wohnung von zwei Offizieren ein, die kürzlich bei einer Demonstration gegen Arbeiter scharf vorgegangen waren. Es kam dabei **zu einem Zusammenstoß mit der Polizei; drei Personen wurden geübtet, 25 verletzt.**

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet war die Beteiligung an den Demonstrationen besonders groß. Die Arbeitsruhe wurde teilweise auf den ganzen Tag ausgedehnt, so in Essen.

Die Ministerpräsidenten der Länder sind auf Donnerstag nachmittag zu einer Besprechung der politischen Lage mit der Reichsregierung eingeladen worden.

Die Verfolgung der Rathenau-Mörder

Die „Haussuchung" bei den Deutschnationalen

Im „Deutschen Tageblatt", das bis vor einigen Wochen von dem deutschnationalen Abg. Reinhold Wulle herausgegeben und dann durch neue Kapitalgeber übernommen wurde, die die Beseitigung des deutschvölkischen Hetzers von der Leitung verlangten, war gestern triumphierend mitgeteilt worden, daß eine Haussuchung in den Räumen der deutschnationalen Volkspartei und denen des Verbandes nationalgesinnter Soldaten völlig ergebnislos verlaufen sei. Wie die „Republikanische Presse" hierzu erfährt, stimmt diese Nachricht. Aber es muß hinzugefügt werden, daß in der Nacht vom Sonntag **zum Montag aus beiden Geschäftsräumen reichliches Material weggeschafft worden ist.** Herr Oberregierungsrat Dr. Weis könnte nähere Mitteilungen hierüber von dem Führer des seit Kapp besonders bekannten Verbandes nationalgesinnter Soldaten, also von Herrn Major a. D. Schnetlage, erhalten, der sich im Laufe des Montags vor einer kleineren Oeffentlichkeit dieser Wissenschaft rühmte . . . .

Wichtige Spuren

In der Untersuchung zur Ermittlung der Mörder des Ministers Rathenau hat sich der Verdacht nach einer gewissen Richtung mehr und mehr verdichtet.

Am Dienstag nachmittag ist es gelungen, in einer hiesigen Garage ein Auto zu ermitteln, das am Donnerstag voriger Woche, von auswärts kommend, dort untergestellt wurde. Es ist höchstwahrscheinlich der Wagen, den die Täter zur Ausführung des Verbrechens benützt haben. Die Führer und die Insassen brachten den Wagen kurz nach der Zeit, in der der Mord verübt wurde, in die Garage zurück und haben sich um ihn bisher nicht wieder gekümmert. Der Wagen wurde beschlagnahmt und nach dem Polizeipräsidium gebracht, um den in Betracht kommenden Zeugen vorgeführt zu werden. Es handelt sich um einen fast neuen, starken Tourenwagen neuester Konstruktion, einen Mercedeswagen von 16 PS.

Eine Durchsuchung fand gestern auch bei der Deutschen Auskunft und der Roßbachschen Arbeitsgemeinschaft in der Otto-Erich-Straße 10, in Wannsee, statt.

Leutnant Krull verhaftet

Der in der Angelegenheit der Ermordung Rosa Luxemburgs mehrfach genannte Leutnant Krull wurde am Dienstag früh in einer Wohnung in Wandsbeck, wo er sich verborgen hielt, auf Ersuchen der Reichsbehörden im Zusammenhang mit dem Morde an Rathenau verhaftet. Leutnant Krüll behauptete bei seiner Vernehmung, daß er Wandsbeck und Hamburg in den letzten acht Tagen nicht verlassen habe. Er will sein Alibi nachweisen. Die Wandsbecker Polizei setzte die Berliner Behörden von der Festnahme telegraphisch in Kenntnis.

Gewaltige Kundgebung im Lustgarten

Der Aufmarsch der Arbeiterklasse — Die Trauerfeier im Reichstage

Demonstrationen kann man schwer nach ihrer Zahl schätzen. Ueberflutet waren gestern der Lustgarten, der Platz an der Schloßbalustrade, der Schloßplatz, der Neue Markt, die Zugangsstraßen an allen Ecken. Ueberflutet trotz strömenden Regens. Zug um Zug, mit wehenden Fahne, mit roten Bannern, mit schwarz-rot-goldenen Bannern strömten die Massen, ein unübersehbares Heer. Stunden schon vor Beginn staut sich die Menge. Will man den Wert ihres Aufmarsches bemessen, muß man nach dem Geist fragen, der die Massen beseelte. Und nie sahen wir so entschlossen, so kampfesfreudig und so zuversichtlich auch das Millionenheer der Berliner Arbeiterschaft. Gegenüber dem gestrigen Aufmarsch war der Sonntag nur ein Anfang, ein leiser Auftakt. Das zeugt von der gewaltigen Erregung, von dem entschlossenen Willen, den die Reaktion ausgelöst hat, daß die Massen gestern verdoppelt, verdreifacht aufmarschierten. In allen lebt das Gefühl, aus allen spricht die Zuversicht, daß diesmal der Appell an die Massen nicht vergeblich gewesen sein wird, nicht vergeblich gewesen sein darf. Ueberall lebhaftes Zwiegespräch. „Wir müssen zusammenhalten. Die Uneinigkeit muß verschwinden." Tafeln mit der Aufschrift „Bleibt einig", „In der Einigkeit liegt unsere Stärke", „Fort mit dem Bruderkampf", „Wir wollen endlich Taten sehen." Unter den Demonstranten sah man viele Gesichter, die man sonst bei Demonstrationen nicht zu sehen pflegt. Zahlreich ist offenbar auch die Beteiligung aus den Reihen der Angestellten. Die drohende Gefahr bringt alle zur Erkenntnis, daß nur gemeinsame Abwehr der Hand- und Kopfarbeiter die Republik und mit ihr die Möglichkeit für die Zukunft zu wirken, sichern kann.

Helfferich und Ludendorff hängen in effigie als Strohpuppen an Stangen. Aber sie hängen nur als Puppen. In Wirklichkeit hat ihnen ja noch kein Arbeiter ein Haar gekrümmt. Vor Attentaten können sie sicher sein. Die Arbeiterschaft ist aus anderem Holze geschnitzt als die Mordbuben, die zu den „Edelsten der Nation" zählen.

Während die Massen dem Lustgarten zuströmten, ist auch das Innere der Stadt angefüllt mit lebhaft diskutierenden Gruppen. Straßenbahn und Untergrundbahn haben den Verkehr eingestellt. Die großen Geschäfte in der Stadt haben fast alle geschlossen. Heute kann sich niemand dem Eindruck entziehen, daß alles im Banne dieser gewaltigen Demonstration steht. Wir wissen nicht, ob es mehrere größere gegeben hat oder noch geben wird. An Wucht und Entschlossenheit, an imponierender Einheitlichkeit haben wir keine solche erlebt.

An der Museumstreppe haben die Arbeitersänger Aufstellung genommen. Weithin klingen ihre Lieder: Empor zum Licht, „Tord Folesen", mit denen die Demonstration pünktlich um 3 Uhr eröffnet wird. Andächtig lauschen die Hunderttausende. Ueber 30 Redner sprechen an allen Ecken bis zum Neuen Markt hin von allen sozialistischen Parteien. Auch bürgerliche Demokraten und Pazifisten. Unter ihnen von den Unabhängigen Crispien, Breitscheid, Zubeil, Künstler, Rosenfeldt, Meier. Von den Mehrheitssozialisten Heinrich Schulz, Kurt Heinig und andere, von den Kommunisten Pink, Wolfstein, Hoernle, Höllein, Remmele usw. Unsere Redner betonen, daß die heutige Demonstration nicht ein Ende sondern ein Anfang sein muß.

Diesmal muß zugepackt werden.

Die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften verhandeln um dem Gesetz zum Schutz der Republik die Fassung zu geben, daß es eine brauchbare Waffe gegen die monarchistische Reaktion wird. Einigkeit und Geschlossenheit ist das Gebot der Stunde. Mit dem Appell zusammenzustehen, den Bruderkampf zu begraben, schlossen die Redner. Der Beifall, der ihnen folgte, das jubelnde Hoch auf die Internationale, das über den weiten Platz hallte, es kam aus dem reinen Gefühl:

Dem Willen zur Tat.

Die Arbeitersänger schlossen mit der „Internationale", die die Menge entblößten Hauptes anhörte, in den Refrain begeistert einstimmend. Hier und da am Rande lockern sich dann die Reihen. Aber im Lustgarten bleibt die Menge. Die Sänger müssen weiter Arbeiterlieder vortragen, denen sie andächtig lauscht. Irgendwie war es die Stimmung, daß die einfache Demonstration nicht genügt, daß von dem feiertäglichen Eindruck mehr noch haften bleiben muß, es in Taten umgesetzt werden muß.

Ueber dem alten königlichen Schloß, über der Zwingburg, die einst die Hohenzollern sich bauten, als sie die Berliner Bürgerschaft niedergeworfen, weht neben der preußischen Fahne nun auch die Fahne der Republik auf Halbmast. Und so ringsum im Halbkreis auf allen Gebäuden. Nur auf dem früheren Kronprinzenpalais noch eine schwarzweißrote Fahne mit irgendwelchen Kriegszeichen, die die Republik noch übernommen hat. Und auch dieser Plunder muß verschwinden.

Niemand von uns weiß, was werden wird. Wir alle kennen die Schwäche, kennen die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterschaft. Wir wissen, daß nicht an einem Tage überwunden wird, was schwere bittere Jahre uns an Wunden zufügten. Aber gestern fühlten wir alle die sieghafte Zuversicht. Spurlos sind diese Jahre nicht vorübergegangen. Der Wille der Massen ist nicht gebrochen, er lebt mehr denn je. Der Geist, der diese Demonstration belebte, war der Geist einer mutigen Entschlossenheit. Wehe denen, die daraus nicht lernen wollen. Das Volk verlangt jetzt endlich Taten. Freie Bahn und ein Ende der Provokation. Wird die Republik die Stimme ihrer Toten hören?

Sie muß es — um ihrer selber willen.

Ein Zwischenfall

Zu einem Zwischenfall kam es bei Abmarsch der Demonstranten vor dem Bürohaus „Börse" (gegenüber dem Zirkus Busch). Als ein Zug vom Lustgarten her vorbeimarschierte, wurde aus der 2. Etage, dem Bürofenster des „Försterbundes", ein Eimer Wasser auf die Demonstranten gegossen. Einige Arbeiter gingen sofort ins Haus und ließen die Täter feststellen. — Angeblich soll das Wasser ohne jede Absicht, nur zufällig, aus dem Fenster geschüttet worden sein.

*

Vor dem Reichstag

Viele tausend Demonstranten hatten sich am Reichstage eingefunden. Die Postenketten der Schupo konnten das stetig vordrängende Publikum nicht zurückhalten. Die Grünen glaubten nichts anderes tun zu können, als rücksichtslos zwischen die Menge zu reiten, und die Leute, die in den vorderen Reihen standen, mit Faustschlägen zu regalieren.

Als die Reichswehrkompagnie aufmarschiert war, kreiste über dem Reichstage ein Flieger mit langen Trauerwimpeln am Apparat. Nach Abfahrt der Trauerwagen und dem Abmarsche der Reichswehr wurde der Polizeikordon von dem Publikum durchbrochen, die Mengen belagerten die Portale. General v. Seeckt zeigte sich in voller Lebensgröße vor Portal 5. Stürmische Hochrufe auf die Republik und Verwünschungen gegen die Mörderfraktion zeigten dem Herrn die Erregung der Bevölkerung. Die Zurufe aus der Menge und die feindliche Haltung, die das Publikum gegen den Kapp-General annahm, zwangen ihn schleunigst, sich zurückzuziehen. Als Scheidemann zu seinem Wagen wollte, wurde er von dem Publikum, das ihm lebhafte Ovationen darbrachte, umringt und begleitet.

Trauerkundgebung im Reichstage

Die Trauerfeier im Reichstage gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Den Plenarsaal hatte die sorgfältige und sachverständige Leitung des Reichskunstwarts Dr. Redslob äußerst wirkungs- und würdevoll ausgeschmückt. Das Redner- und Präsidentenpult war in einen Katafalk umgestaltet, auf dem der Sarg mit der Leiche Rathenaus stand. Den dunkelbraunen einfachen Holzsarg deckte eine republikanische Fahne mit dem Reichsadler. Vor dem Sarge und neben ihm Palmenreihen und Kranzspenden, zumeist mit Schleifen in den Farben schwarz-rot-gold. Über dem Sarge ein Himmel aus Trauerflor; die Bogenlampen von der Decke herab waren ebenfalls mit Trauerflor umfaßt. — Das ganze Arrangement atmete eine einnehmende weihevolle Stimmung.

Die Tribünen waren übervoll. Auf der ehemaligen Kaisertribüne hatten die Anverwandten Walter Rathenaus Platz genommen. Ein eigenartiges Bild boten die vielen bunten Uniformen der Vertreter fremder Länder. Alle deutschen Landesregierungen hatten ihre Vertreter geschickt. Fast alle Mitglieder des Reichstags waren anwesend. Helfferich fehlte allerdings, womit er bewies, daß wenigstens noch etwas Taktgefühl in seinem schuldhaften Herzen schlummert. Oder war es die Angst, die ihn fernhielt?

Kurz nach 12 Uhr erschien der Reichspräsident Ebert mit dem Reichskanzler Dr. Wirth. Die Feier wurde von einem Streichorchester, daß in dem Umgang hinter dem Präsidentensitz untergebracht war, eingeleitet. Dann nahm der Reichspräsident Ebert das Wort zu einem letzten Gruß an den Außenminister. Er dankte Rathenau für seine selbstlose Aufopferung im Namen des deutschen Volkes. — Für den Reichstag sprach Vizepräsident Dr. Bell dem Ermordeten Worte letzten Gedenkens. Als letzter Redner trat für die Partei, der Walter Rathenau angehörte, der Demokrat Korell auf. Er machte für die ruchlose Tat an seinem Parteifreund die deutsch-völkische Bewegung verantwortlich, die er nicht zögerte, eine Schmach Deutschlands zu nennen.

Einige Sätze aus der „Walküre" beendeten die Kundgebung. Der Sarg wurde zum Ausgang nach dem Königsplatz getragen, von wo er nach dem Erbbegräbnis der Familie in Oberschöneweide überführt wurde.

Merkwürdig, der Deutsche Reichstag scheint keine Redner zu besitzen, die eine Trauerrede zu halten vermögen. Am besten wirkte noch die Rede des Reichspräsidenten, — in der Ergriffenheit und Empfindung für die weihevolle Stunde mitzitterte. Der Vizepräsident Dr. Bell sprach indessen mit großem Pathos eine Rede, wie sie vielleicht bei einer gewöhnlichen Denkmalseinweihung angebracht wäre. Als jedoch der Abgeordnete Korell — übrigens ein Theologe — sprach, glaubte man den üblichen Reichstagsverhandlungen beizuwohnen. Es war, als spräche er in einer Kulturdebatte über persönliche Kultur und dergleichen mehr, und man hätte sich gewiß nicht viel gewundert, wenn die üblichen Zwischenrufe dazu gekommen wären. Macht der Gewohnheit? —

*

Die Umgebung des Reichstages war von 11 Uhr an abgesperrt. Um den Königsplatz herum standen Zehntausende von Menschen, die sich nach dem Aufhören der Absperrung über den großen Platz ergossen. Vor dem Portal nach dem Königsplatz hatte eine Ehrenkompagnie der Reichswehr mit Musik Aufstellung genommen, die bei der Abfahrt der Leiche salutierte. Natürlich marschierte sie nach erfolgter Ehrenbezeugung in Potsdamer Parademarsch ab.

Von Kinooperateuren wimmelte es nur so. Mit Leitern, Steh- und Handapparaten rannten sie durcheinander und scherten sich den Teufel um die Maßnahmen der Sipo. Einige Szenen waren geradezu widerlich, namentlich dann, wenn sich die Kastenmänner gegenseitig die besten Plätze für ihre Kurbeleien stahlen, um dem Sarge und dem Trauergefolge so nahe wie möglich zu kommen.

Die Menschenmassen verloren sich nur allmählich, und noch stundenlang war besonders das Abgeordnetenportal 2 belagert.

Die Demonstration in Spandau

war so stark besucht, wie sie in Spandau noch nie zu verzeichnen gewesen ist. Es sprachen Redner aller Arbeiterparteien, sowie auch einige republikanische Bürgerliche. Für unsere Partei sprach besonders wirkungsvoll Genosse Salzmann. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die Arbeiterschaft und das republikanische Bürgertum Spandau fordert von der Reichsregierung: 1. sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, 2. Entfernung aller offenen und verkappten Monarchisten aus der Reichswehr, der Sipo und allen Verwaltungsstellen, 3. schleunigste Republikanisierung der Militär- und Polizeigewalt, sowie der Justiz, 4. Schaffung von örtlichen Arbeiter- und Bürgerwehren zur Sicherung gegen die Konterrevolution. Sollte die Reichsregierung nicht die Macht zur Erfüllung dieser Forderungen haben, verlangen wir die sofortige Auflösung des Reichstages."

Die Trebbiner Arbeiterschaft gegen die Reaktion

Die Gewerkschaften und sozialistischen Parteien in Trebbin haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die am Montag nachmittag zu einer Kundgebung gegen die monarchistischen Treibereien aufgerufen hatte. Die Arbeiterschaft war fast restlos dem Rufe gefolgt, so daß der Marktplatz voll von Demonstranten war. Zu ihnen sprach unser Genosse, Landtagsabg. Paul Franken-Berlin. Seine Ausführungen, die mit einem Appell schlossen, sich der Reaktion einheitlich und geschlossen gegenüberzustellen, wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Rufe: Es lebe die Republik und die Einheitsfront des Proletariats fanden stürmischen Widerhall.

Die Funktionäre der USP. zur Situation

Funktionär-Konferenz des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der USP. hatte zum gestrigen Dienstag zu einer Funktionär-Konferenz in der Bötzow-Brauerei aufgerufen. Der überfüllte Saal bewies, daß die USP. in der Stunde der Gefahr auf ihrem Posten steht.

Genosse Künstler behandelte das Thema:

„Maßnahmen zum Schutze der Republik."

Er führte u. a. aus: Wieder ist ein Opfer für die Republik gefallen. Die Demonstrationen bedeuten noch keine Taten zeigen aber, daß sich die Arbeiterschaft im Kampfe zur Erhaltung der Republik zusammenfindet. Wohl hat die Regierung Ausnahmebestimmungen zum Schutze der Republik erlassen, diese genügen uns jedoch nicht. Die Arbeiterschaft muß zupacken, damit nicht noch mehr Opfer fallen. Die nationalistisch-teutonischen Kreise haben aus dem Kapp-Putsch gelernt, und nun muß die Arbeiterschaft den Beweis erbringen, daß auch sie gelernt hat. **Nicht durch Verordnungen kann man die Reaktion beseitigen, sondern nur dadurch, daß man sich die Organe schafft, die die Verordnungen durchführen. Als die Regierung den Staatsgerichtshof** beim Reichsgericht durch drei Berufsrichter und vier vom Reichspräsidenten zu ernennende Laienrichter zu bilden vorschlug, haben unsere Vertreter sechs Laienrichter gefordert, da wir wissen, daß sich **keine drei republikanische Richter beim Reichsgericht** finden lassen.

Es ist die Forderung laut geworden, den Reichswehrminister Geßler abzuberufen. Ich bin jedoch der Meinung, daß

keine Personenänderung, sondern ein Wechsel des ganzen Systems

erst die Sicherung der Republik bringen kann. Wir fordern die Umbildung der Reichswehr zu einer wohldisziplinierten republikanischen Truppe.

Heute müssen alle Differenzen zurücktreten, heut heißt es für die Arbeiterschaft, **sich zusammenzufinden für den**

gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind!

Die Vertreter der Arbeiterparteien haben in gemeinsamen Beratungen zur Lage Stellung genommen. Die Kommunisten haben von dem ursprünglich beabsichtigten Generalstreik Abstand genommen. **Sonderaktionen sind energisch zurückzuweisen.**

Die Demokraten und das Zentrum haben im Reichstage wohl scharfe Worte gegen die Mörder gefunden, aber zugleich eine Verbeugung vor der Deutschen Volkspartei gemacht. Diese wäre sicher nicht abgeneigt, in die Koalition einzutreten, um alle an sich schon lendenlahmen Verordnungen illusorisch zu machen. **Wir hoffen, daß nun aber auch die SPD. als Arbeiterpartei handelt.** Wenn die bisherigen Verhandlungen Erfolg haben, ist zu hoffen, daß die SPD. ihre bisherige Politik aufgibt. **Bis jetzt ist man in offizieller Form nicht mit der Aufforderung an uns herangetreten, in eine Koalition einzutreten!**

In den Reichstag kamen Vertreter der Arbeiterschaft aus den Berliner Großbetrieben, um die Arbeiterfraktionen und ihre Regierungsvertreter zu sprechen und ihnen ihre Forderungen zu unterbreiten. **Remmele**, der für die KPD. sprach, führte aus, daß eine Koalitionserweiterung nach rechts ein außerordentliches Verhängnis für die deutsche Arbeiterklasse wäre. Die KPD. könnte sich damit abfinden, daß zum Schutze der Republik und im Interesse der Arbeiterschaft eine Koalitionserweiterung nach links vorgenommen würde, d. h. daß sich die USP. bereit erklären soll, in die Regierung einzutreten. Ein Betriebsrat unserer Partei machte den Zwischenruf: **„Wenn du das für richtig hältst, warum kommt denn ihr Kommunisten nicht mit in die Regierung?" Remmele** erklärte darauf, daß er das nicht so schnell klarlegen könne, es wäre sehr gut, wenn eine proletarische Partei aus der Regierung bliebe. (Große Unruhe und Zwischenrufe). Aus parteiegoistischen Gründen heraus und nicht aber um im Interesse der Arbeiterklasse die Lage auszunützen, wollen die Kommunisten uns gern in der Regierung sehen. (Sehr richtig!)

In der Zentralleitung und in der Fraktion haben wir zu der Lage Stellung genommen und die Frage erörtert, ob wir, wenn die erlassenen Verordnungen unserer Auffassung entsprechen, und die von uns zu erhebenden Forderungen erfüllt werden, im Interesse der Arbeiterschaft bereit sein sollen, in die Regierung einzutreten. Diese Frage muß diskutiert werden, nicht weil wir etwa jetzt Anhänger der Koalitionspolitik sind, sondern weil die USP. als Führerin des Proletariats alle Fragen zu prüfen hat, um in Klarheit dem Proletariat den Weg zeigen zu können. **Das bedeutet keine Aufgabe unserer Grundsätze.** Es handelt sich nicht darum, Koalitionspolitik zu machen, um mit dabei zu sein, sondern es kann eine Situation eintreten, daß, wenn unsere Forderungen angenommen werden, wir zur Durchführung derselben alles aufzubieten haben. Was nützen aber die Verordnungen, wenn diese Regierung nicht die Organe schafft, um die Verordnungen durchzuführen. Einen Beschluß haben wir jedoch nicht gefaßt. **Es kann also eine Situation kommen, wo wir gezwungen sind, mit den anderen proletarischen Parteien zusammen eine Regierung zu bilden zum Schutze der Republik und zur Durchführung der hierzu erlassenen Gesetze.**

Wir haben unsere Taktik so einzustellen, um im gegebenen Augenblick das Beste für das Proletariat herausholen zu können und damit im **gemeinsamen Kampf die Arbeiterschaft ihre Einigung findet, um Sieger gegen die Nationalisten zu bleiben.**

Die Verhandlungen der Parteien und Spitzenorganisationen sind noch nicht abgeschlossen. Hoffen wir, daß es unseren Genossen gelingt, die Bahn zu bereiten, auf der das Proletariat vorwärts marschieren kann. Wenn jetzt Sonderaktionen höher eingeschätzt werden, dann ist für unabsehbare Zeit der Zeitpunkt, um das Proletariat zu geschlossenem und einigen Handeln aufzurufen, verpaßt. Wir haben die Pflicht, jetzt das Trennende zurückzustellen, und die Pflicht zu gemeinsamen Aktionen. Wenn das Proletariat geschlossen aufmarschiert, dann wird das feige Mordgesindel ausgeräuchert. Das Proletariat muß endlich seine historische Mission erkennen und sich nicht in kleinlichem Bruderzwist zerfleischen. **Nur einheitliche Aktionen verbürgen Erfolg und Sieg, nur sie sichern den Bestand der Republik.** (Stürmischer Beifall.)

In der anschließenden Diskussion verlangte Genosse **Pierow** keine Verhandlungen, sondern Aufrufung der Arbeiterschaft zum Handeln.

Genosse **Pleitner** lehnte den Eintritt in die Regierung ab, denn wir müßten die Verantwortung für eine opportunistische Politik mit tragen.

Auch Genosse **Braß** sieht nicht die Möglichkeit von Erfolgen durch Eintritt in die Koalitionsregierung. Wir hätten es nicht in der Hand den Reichstag aufzulösen. Vor dem Wahlkampf wäre die Frage der Einigung zu lösen. Wenn die drei Parteien und der ADGB. sich einig geworden sind, dann kann der Kampf gegen das gesamte Bürgertum erfolgreich durchgeführt werden.

Genossin **Wurm** hat kein Zutrauen zu den bürgerlichen Koalitionsparteien. In der Regierung sitzen Feinde der Republik und der Demokratie. Sie würden sich nur der geschlossenen Macht der Arbeiterschaft beugen. Die bürgerliche Republik sei nicht unser Ziel, als günstigen Kampfboden hätten wir sie aber jetzt zu verteidigen. Keinesfalls dürften wir uns jetzt bei unseren Handlungen von dem Gedanken der Einigung um jeden Preis leiten lassen.

Genosse **Berger** wies darauf hin, daß die Bildung einer sozialistischen Regierung Reichstagsauflösung bedeute. Wenn wir nicht aufgefordert oder unsere Forderungen nicht erfüllt würden, gingen wir natürlich nicht in die Regierung. Etwas anderes sei es, wenn unsere Forderungen anerkannt würden. An der allgemeinen Erregung die elende Parteisuppe zu kochen sei unbedingt zu verwerfen. Die Kommunisten werden uns als Verräter beschimpfen, gleichgültig ob wir in die Regierung eintreten würden oder nicht! (Lebh. Beifall.)

Genosse **Laukant** forderte unbedingtes Festhalten an den Beschlüssen von Leipzig, andernfalls gehe die Partei zu Grunde. In kurzer Zeit würden die Anhänger des Regierungseintrittes von ihrer falschen Auffassung kuriert sein, denn durch die Schüsse auf Rathenau wurde die Situation nicht geändert.

Genosse **Eckardt** wies darauf hin, daß das Proletariat nur einen gemeinsamen Feind habe, den Kapitalismus. Die erste und höchste Aufgabe des Proletariats zur Stunde sei der Kampf gegen die Monarchisten. (Lebhafter Beifall.) Die Situation hat sich seit Sonnabend ganz bedeutend geändert. Das deutsche Proletariat, das in diesem Schlafe lag, ist aufgewacht und ist gewillt, den Kampf zur Niederringung der Reaktion zu führen. (Lebhafter Beifall.) Unbedingt ist der Versuch zu machen, ob es gelingt, eine sozialistische oder Arbeiterregierung zu bilden. Wenn wir in die Regierung eintreten, dann nur nach Anerkennung unserer Forderungen. Weigert sich die Regierung die Forderungen durchzuführen, dann können wir keinesfalls die weitere Verantwortung übernehmen. Kein Mensch glaubt daran, daß USP. und KPD. allein den Kampf aufnehmen können. Ein solcher Kampf wäre auch gegen die rechtssozialistischen Arbeiter gerichtet, denn sie stehen hinter der Parole ihrer Führer. Wir müssen aber im Gegenteil mit den rechtssozialistischen Arbeitern in eine Front kommen.

Genosse **Schiemann**: Der bisherige Bruderkampf hat nur das Heer der Indifferenten vergrößert. Nicht viel reden, sondern Taten müssen geschehen. In einer Regierung werden unsere Genossen andere Maßnahmen durchsetzen, als es jetzt die bürgerliche Koalition tut.

Genosse **Urich**: Seit dem Leipziger Parteitag hat sich die Situation geändert. Die Arbeiterschaft will die Einigkeit. Es muß möglich sein, wenigstens eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Der Eintritt in die Koalition kann für uns nicht das Ziel sein. Falls eine sozialistische Regierung nicht möglich ist, sollte die Frage der Arbeiterregierung geprüft werden. Auch die KPD. muß mitmachen, denn sonst lebt der Bruderkampf erneut auf.

Genosse **Tenzer** wandte sich gegen den Gedanken, in eine Koalitionsregierung einzutreten. Die überzeugten Genossen werden der Partei den Rücken kehren.

Genosse **Brennig**: Drei Genossen in der Regierung haben keine Macht, sondern diese wird von den hinter ihnen stehenden Arbeitermassen ausgeben. Die geeinte Front gegen die Reaktion wird das Schwanken der sozialistischen Parteien beseitigen. Die Republik ist der Kampfboden für den Sozialismus, und ehrlich müssen wir für die Einigung arbeiten.

In seinem Schlußwort führte Genosse **Künstler** noch aus: Auch wir sind der Meinung, daß nicht verhandelt, sondern gehandelt werden muß. Die Situation ist eine andere als vor einem Jahre, es heißt durch geschlossenes Handeln die Reaktion zurückzuschlagen. Wir müssen den Weg so gehen, daß wir es vor der gesamten Arbeiterschaft verantworten können. Diese muß selbst Vollstreckerin des proletarischen Willens sein. Die Arbeiterschaft muß sich ein Mindestprogramm schaffen, für das alle sozialistischen Parteien eintreten müssen. Dieser Augenblick wird der herrlichste in der Arbeiterbewegung sein, wenn wieder das Proletariat für gemeinsame Ziele in den Kampf tritt. Unser Ziel muß sein, diesen gemeinsamen Kampfboden zu schaffen und dann wird der Sieg unser sein. (Lebhafter Beifall.)

Mit der Aufforderung sich bereitzuhalten und einem Hoch auf die USPD. und den völkerbefreienden Sozialismus" schloß Genosse Krille die Versammlung.

Kraftvoll erscholl die Internationale.

Die Kundgebung in Zossen

Eine riesige Demonstration fand aus Anlaß der Ermordung Rathenaus hier statt, die von dem Kartell und den sozialistischen Parteien einberufen war. Der Zug bewegte sich durch alle Straßen der Stadt bis vor das Rathaus. Es sprach Genosse Rackow.

Von der Menge wurde dann das Erscheinen des hiesigen Bürgermeisters Dr. Wirth verlangt, der die Existenzberechtigung des Vereins ehem. Waffengefährten bei der letzten Regimentsfeier pries. Er wurde gezwungen, die Reden der einzelnen Genossen mitanzuhören.

Reden der einzelnen Genossen mitanzuhören, durfte sich jedoch nachher verteidigen, was durch hilflose Entschuldigungen geschah.

Kompromiß über die Getreideumlage

Angesichts der starken Erregung, die die Ermordung Rathenaus hervorgerufen hat und die sich auch namentlich gegen die Parteien des Brotwuchers richtet, haben Zentrum und Demokraten ihren Widerstand gegen die Getreideumlage aufgegeben. Infolgedessen kam ein Kompromiß im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags zustande, wonach die Höhe der Umlage der Regierungsvorlage entsprechend auf 2½ Millionen Tonnen festgesetzt wird. Weitergehende Anträge der Unabhängigen wurden abgelehnt, ebenso auch Anträge der Agrarier. Hingegen fand ein Antrag Annahme, daß Betriebe unter zehn Hektar landwirtschaftlich genutzter Flächen lieferfoll frei bleiben.

Hermes' Weinlieferungen

Zu unserem Bericht über die letzte Sitzung des Reichstags-Untersuchungsausschusses zur Hermes-Angelegenheit, in welches eines der Mitglieder des Ausschusses bei Geschenken an Beamte unterscheiden sollte, an wen sie geben und ob damit ein Pflichtenkonflikt hervorgerufen werde, wird uns aus Beamtenkreisen geschrieben:

„Es ist interessant zu beobachten, daß man bei einem Minister einen ganz anderen Maßstab anlegt als bei einem Postboten oder einem Weichensteller, welchen — wie allen unteren und mittleren Beamten — verboten ist, Geschenke anzunehmen. Tun sie es dennoch, so ziehen sie sich unzweifelhaft ein Disziplinarverfahren zu. Er sowohl wie derjenige, der ihm ein Geschenk macht, sind nicht dazu berufen, zu prüfen, ob er das Geschenk annehmen darf oder nicht. Nach dem Erlaß des Reichsverkehrsministeriums vom 26. April 1922 — E. II. 20 Nr. 872/22 — dürfen Geschenke nur mit Genehmigung der vorgesetzten Behörde angenommen werden.

Furchtbares Eisenbahnunglück

38 Tote bisher festgestellt, die Zahl der Verletzten noch unbekannt.

Ein Unglück, wie es die Stadt- und Ringbahn noch nicht erlebt hat, ereignete sich gestern, Dienstag mittag, auf der Strecke zwischen den Haltestellen Schönhauser Allee und Gesundbrunnen. Als Mittags alle Betriebe geschlossen wurden, drängte alles zur Stadt- und Ringbahn. Die Züge waren bald überfüllt. Die Trittbretter waren von einem Ende bis zum andern besetzt, auch die Dächer wurden erkletert. Alles das ist verboten, aber die Eisenbahnbeamten versuchten wie bei allen solchen Gelegenheiten umsonst, dem Verbot Geltung zu verschaffen. Ihre Mahnungen und Warnungen blieben unbeachtet. In einem Abteil 3. Klasse eines Zuges stand ein Mann mit einer Traglast aus Latten. Das Abteil war schon gedrängt voll und die Traglast verhinderte einen ordentlichen Verschluß der Tür. Die Zunge des Patentverschlusses konnte nicht mehr einschnappen. Zum Unglück stand nun auch noch der Wagen verkehrt im Zuge. Die Tür des erwähnten Abteils ging nun auf, sobald sich der Zug in Bewegung setzte. Da begegnete diesem gegen 1 Uhr auf der Strecke zwischen der Schönhauser-Allee ein anderer, der ebenso besetzt war. Die weitaufstehende Tür faßte die Leute auf dem Trittbrett mit einer entsetzlichen Wirkung. Die zuerst getroffen wurden und ins Schwanken gerieten, suchten Halt an ihrem Nachbar, und so riß einer den andern mit ins Verderben. Sofort wurde in beiden Zügen die Notleine gezogen, und das gellende Geschrei machte gleich die Zug- und Lokomotivführer aufmerksam. Als aber die Züge zum Stehen kamen, waren sie bereits aneinander vorbeigefahren und die Strecke lag bedeckt mit Toten und Verletzten, mit verstümmelten Leichen und einzelnen Körperteilen. In Reihen waren die Männer — Frauen hatten sich nicht auf die Trittbretter gewagt, — von ihrem Stand heruntergemäht und unter die Räder gepreßt. Leute, die von den gegenüberliegenden Häusern den schaurigen Vorgang sahen und das Schreien und Jammern hörten, riefen sofort die Feuerwehr und ebenso schleunigst sorgten die benachrichtigten Stationen der Bahn für Hilfe. Sanitätswagen und Wagen der Rettungsstelle 5 und der Feuerwehr waren mit Aerzten bald zur Stelle. Tote, Sterbende und Schwerverletzte wurden so rasch als möglich nach dem Schauhaus und den Krankenhäusern gebracht. Die furchtbaren Folgen des Unglücks waren zunächst gar nicht zu übersehen. Bis in die Nacht hinein dauerten die Ermittlungen und Feststellungen. Mehrere Tote sind auch jetzt noch unbekannt, bei andern aus den Wochenkarten vorläufig nur die Namen festzustellen.

Republikanische Kartellbildung

Wie wir erfahren, steht ein engerer Zusammenschluß der in Berlin bestehenden republikanischen Organisationen bevor, um die Reaktion wirksamer als bisher bekämpfen zu können. Es handelt sich um die Liga Junge Republik, den Republikanischen Reichsbund (Berliner Gruppe), die Gesellschaft für republikanisch-demokratische Politik, den Republikanischen Jugendbund, Richterbund und Lehrerbund. Um die Mitte des nächsten Monats will das Kartell mit einem großen Meeting hervortreten.

Beendeter Verkehrsstreik in Oesterreich

Wien, 27. Juni.

Der Streik der österreichischen Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbeamten ist abgebrochen worden, nachdem die Regierung sich zum Einbringen einer Vorlage mit folgenden fünf Punkten bereit erklärt hatte: 1. Erteilung der Indemnität für die in den letzten Tagen von der Regierung an die Bundesangestellten erfolgten Zahlungen, 2. Festsetzung des Prinzips des künftigen Entlohnungsmodus durch den Nationalrat, 3. Regelung der Familienzulagen, 4. Auszahlung der Gehälter in zwei Monatsraten, 5. Abbau der Gehälter im Falle des Sinkens der Preise und des Index.

Metallarbeiterstreik in Italien

(EP.) Mailand, 27. Juni.

In Turin und Triest ist der Metallarbeiterausstand allgemein. In den Fabriken Genuas und ganz Liguriens hat der Streik dagegen nicht begonnen. In Neapel wird ebenfalls nicht gestreikt. In Brescia und den kleinen Industriezentren stehen die Metallarbeiter nur teilweise im Ausstand.

Amnestie für französische Matrosen

(EE.) Paris, 27. Juni.

In den Wandelgängen der Kammer war gestern Nachmittag das Gerücht verbreitet, die Regierung bereite für den 14. Juli eine Verordnung vor, durch die die Meuterer der Schwarzmeerflotte begnadigt würden. Bisher fanden zwar keine Beratungen der Regierung über diese Angelegenheit statt, es wäre aber möglich, daß eine solche Begnadigung erfolgte.

Die im Geiste arm sind . . . Die „Rote Fahne" beschwert sich über unsere Notiz, wonach das Leben der Sozialrevolutionäre gefährdet sei. Es sei, meint die Berliner „Prawda", ihre „traurige Pflicht", festzustellen, daß die „Freiheit" weiter lebt, ohne natürlich den Lesern zu sagen, worin unsere angebliche Hetze eigentlich besteht, wenn wir auf die skandalösen wirklichen Zustände in Moskau hinweisen. Nebenbei sei erwähnt, daß die gestrige Sonderausgabe der „Roten Fahne" auf ihrer ersten Seite eine einzige Hetze gegen die Führer der anderen Parteien enthält. Selbst wirklich zu hetzen ist anscheinend bei den Kommunisten „heilige Pflicht" . . .

Der Rat der russischen Volkskommissare hat es für wünschenswert erklärt, im Jahre 1923 in Moskau eine deutsche Gewerbeausstellung zu veranstalten. Eine Ausstellungskommission ist mit den Vorbereitungen zu dieser Ausstellung beauftragt worden.

Opfer des irischen Bürgerkrieges. In Erwiderung auf eine Anfrage wurde von englischer Regierungsseite mitgeteilt, daß seit Unterzeichnung des englisch-irischen Abkommens in Irland 48 britische Untertanen getötet wurden, davon der überwiegende Teil Gendarmerie und Soldaten.

Groß-Berlin

Zur Festsetzung der Höchstmieten

Der Magistrat verbreitet folgende Mitteilung:

Das Zentralamt für Wohnungswesen teilt mit: Errechnung der Grundmietenzuschläge. Die in der letzten Woche in der preußischen Gesetzsammlung erschienenen Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz sehen ein bestimmtes Verfahren vor, nach dem die Zuschläge zur Grundmiete für die seit dem 1. Juli 1914 eingetretene Zinsensteigerung und für die Betriebskosten ermittelt werden sollen. Die für die Feststellung erforderlichen Unterlagen, insbesondere zur Bestimmung der Höhe der Betriebskosten eines Grundstücks werden zum Teil aus den bei dem Magistrat vorhandenen Unterlagen nicht ermittelt werden können. Es wird sich daher nicht umgehen lassen, daß die Bezirksämter, die die Vorarbeiten für die Auswahl der genannten Typenhäuser treffen, an einzelne Hausbesitzer herantreten werden, um von ihnen Angaben über die Betriebskosten des Hauses, z. B. den Verbrauch an Gas, Wasser, elektr. Licht, die Kosten der Müll- und Schlackenabfuhr, Schornsteinfegergeld, Art und Höhe der Versicherungen usw. zu erfahren. Nicht nur die Mieterschaft, sondern auch der städtische Grundbesitz hat ein erhebliches Interesse daran, daß die Vorarbeiten zur Festsetzung der Zuschläge in beschleunigter Weise gefördert werden. Es wird daher zweckmäßig sein, die von den Bezirksämtern beauftragten und mit Ausweisung versehenen Beamten in jeder Beziehung zu unterstützen und ihnen in möglichst weitem Umfange die erforderlichen Unterlagen für die Berechnung zu verschaffen.

Das bestätigt aber erneut unsere Mitteilung, daß bis zur Feststellung der Höchstmieten nach dem neuen Reichsmietengesetz noch einige Zeit verstreichen wird.

Berlins Versorgung mit Lebensmitteln

Der Magistrat hat an den Reichsernährungsminister nachfolgendes Schreiben gerichtet: Der Gang der Verhandlungen in dem mit der Vorberatung des Getreideumlagegesetzes befaßten Reichstagsausschuß zwingt uns, an das Reichsernährungsministerium die nachdrücklichste Bitte zu richten, mit allen Mitteln bestrebt sein zu wollen, daß die Erfassung einer ausreichenden Menge inländischen Getreides im Wege der Umlage zu angemessenen Preisen gesetzlich sichergestellt wird. Wir vermögen aus den zahlreichen von uns immer wieder geltend gemachten Gründen, zu deren Träger sich ja auch das Reichsernährungsministerium gegenüber dem Reichstag gemacht hat, nur in einer solchen Maßregel eine Gewähr dafür zu erblicken, daß im nächsten Wirtschaftsjahr die Versorgung der breiten Schichten der Bevölkerung mit Mehl und Brot zu einem erträglichen Preise erfolgt. Eine Abstandnahme von dieser Jahre hindurch bewährten Maßregel hieße die Brotversorgung der Bevölkerung völlig ins ungewisse stellen und würde die äußerste Beunruhigung und berechtigten Unwillen weitester Verbraucherkreise hervorrufen. Wir fühlen uns deshalb verpflichtet, die dringende Bitte zu wiederholen mit äußerstem Nachdruck auf der Beibehaltung des Umlageverfahrens in den Bedürfnissen der Verbraucher entsprechendem Umfang und Form zu bestehen.

Wie lange noch monarchistische Straßennamen?

Der Bezirk Neukölln hatte bekanntlich vor einiger Zeit mit der Umbenennung der monarchistischen Straßennamen begonnen und die Kaiser-Friedrich-Allee in eine Bebel-Allee umgetauft. Der Polizeipräsident Richter hat es vor einiger Zeit durch sein Eingreifen verhindert. Dazu meldete der Preußische Pressedienst amtlich, daß dieses Eingreifen nicht die Umbenennung verhindern wolle, sondern nur eine „einheitliche Regelung" über ganz Groß-Berlin vorgesehen sei. Natürlich waren das nur faule Ausreden. Die Herren Geheimräte finden immer einen Weg, um ihnen unangenehme republikanische Aenderungen zu verhindern. Wir warten mit Spannung darauf, ob es jetzt anders werden wird. Die monarchistischen Parteien haben ja im Rathaus bereits einen Antrag zur Verhütung weiteren Unglücks eingebracht. Werden Demokraten und Zentrum auch jetzt noch dieser Gesellschaft die Steigbügel halten? Noch eins! Wann werden wir in Berlin endlich von der skandalösen Siegesallee (im Volksmund Puppenallee) erlöst? Die Erinnerung an die schlimmste Zeit des wilhelminischen Byzantinismus könnte nun doch wohl endlich verschwinden! Also — Was gedenkt der Magistrat zu tun?

Schwarz-rot-goldene Fahnen

Die Ermordung Rathenaus bringt die seltsamsten Dinge an den Tag. Im Schweiße ihres Angesichts suchen jetzt die „republikanischen" Behörden nach republikanischen Flaggen, um sie auf den öffentlichen Gebäuden hissen zu können. Auch Berlins hochwohlweiser Magistrat mußte in offizieller Sitzung sich mit der Tatsache befassen, daß das Fahnentuch nicht langt. Wie wäre es, wenn der Kämmerer zur Ergänzung der Viertel Million für Seelsorge in Berlins Anstalten mal etwas herausrücken würde, um endlich für alle Schulen und Anstalten die Fahnen der Republik zu beschaffen?

Deutschnationale Kinos!

Der Fridericus-Rex-Film, der ein gut Teil zur monarchistischen Seuche beigetragen hat, wurde in vielen Kinos unter polizeilichem Schutz vorgeführt. — In diesen Kinos sind auch die streikenden Vorführer gemaßregelt worden!

Ehrenpflicht der Solidarität der Arbeiter und Parteigenossen ist es, nachstehenden Kinos nicht länger mehr mit ihren Eintrittsgeldern zur Last zu fallen. —

1. Filmpalast-Kammersäle, Teltower Straße 1—4;
2. Puhlmanns Lichtspiele, Schönhauser Allee 148;
3. Prater-Lichtspiele, Kastanien-Allee.

Genannte Kinos sind für die Arbeiter und Parteigenossen gesperrt!

Deutsche Filmgewerkschaft.

Parteiveranstaltungen

Mittwoch, den 28. Juni

12. Verwaltungsbezirk. Steglitz, Lankwitz, Lichterfelde. Die Vertrauensleute der Volks-, Mittel- und höheren Schulen senden schnellstens Berichte über die Schulfeiern gelegentlich der Ermordung Rathenaus und der Abtrennung Oberschlesiens mit Angabe der Festredner an Hermes, Sachsenwaldstraße 18.

2. Verwaltungsbezirk. 4. Distrikt. (Westen.) Abends 7 Uhr gemeinsamer Zahlabend in der Schulaula Steinmetzstraße. Referat: Die politische Lage.

13. Verwaltungsbezirk. Für Tempelhof und Mariendorf gemeinsamer Zahlabend in der Schulaula Mariendorf, Königstraße. Anfang 7½ Uhr. Marienfelde und Lichtenrade tagen getrennt in ihren bekannten Lokalen.

15. Verwaltungsbezirk. Abt. Baumschulenweg. Der Extrazahlabend findet bei G. Gerhart, Baumschulenstraße 6, statt.

3. Distrikt. (Mühle.). Abends 7 Uhr gemeinschaftlicher Extra-Zahlabend. 1. Abt. bei Breihof, Hannoversche, Ecke Hessische Straße. 3. Abteilung bei Dams, Schlegelstraße 9. 2. Abteilung in den bekannten Lokalen.

7. Distrikt. (Wedding.) 2. Abt. Gemeinsamer Zahlabend der gesamten Abteilung Jasmunder Straße 5. Abends 7½ Uhr. Tagesordnung: USPD. und die Regierung. Es wird zahlreiches Erscheinen der Genossen erwartet.

Treptow. Abends 7½ Uhr Extra-Zahlabend bei Mund, Kiefholzstr. 18, Ecke Bouchéstraße, für alle Bezirke.

Pankow. Der Extra-Zahlabend findet für Süd in der Schule M. Friedrichstraße, für Nord in der Schule Schmidtstraße statt.

Donnerstag, den 29. Juni.

12. Distrikt. Plakate abholen von Hoffmann, Lychener Straße.

15. Distrikt. Abends 7 Uhr Funktionärkonferenz, Große Frankfurter Straße 41 (Eingang Hof.) Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über den Vortrag des Gen. Stein.

Schöneberg-Friedenau. Der 1., 2. 3. und 6. Bezirk hat gemeinsamen Zahlabend bei Jürgens, Barbarossastraße 5 a. Der 5., 10. und 4. Bezirk tagt bei Lehmann, Fritz-Reuter-, Ecke Maxstraße. Der 7., 8. und 9. Bezirk tagt Sedanstraße 53. Für Friedenau gemeinsamer Zahlabend bei Klabe, Handjerystr. 60. Keiner darf fehlen.

5. Verw.-Bezirk. 15., 16., 17. Distrikt. Abends 7 Uhr Musikübungsabend beim Gen. P. Krause, Kochhannstr. 12 III. Alle Jugendlichen, die musikkundig sind, erscheinen mit Instrument.

Kommunale Kommission. Neukölln. Britz. Sitzung im Rathaus. Vortrag Stadtrat Genosse Reinhardt über die Wirtschaftsbetriebe Groß-Berlins.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeiner, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr: **Der Traum ein Leben**

Neues Volkstheater Köpenicker Straße 68 7½ Uhr: **Heuchler**

Staats-Theater Opernhaus 6 Uhr: **Lohengrin**

Schauspielhaus 7½ Uhr **Maria Stuart**

Deutsches Theater 7½ Uhr: **Gestand und Fortunatus**

Kammerspiele Geschlossen

Großes Schauspielhaus 7½ Uhr: **Die versunkene Glocke.**

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" Theater i. d. Königgrätzer Str. Tägl. 8 Uhr

Komödienhaus: Tgl. 8 U. **„Gretchen"** Glässner, Roberts

Berliner Theater 7.30 Uhr: **Madame Flirt**

Walhalla-Theater 7½ Uhr **Gasthaus zur Liebe**

ROTTER-BÜHNEN Täglich 8 Uhr:

Residenz-Theater Eine Frau ohne Bedeutung

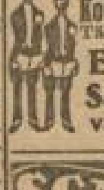
7½ **Trianon-Theater Moral** v. Ludw. Thoma

Wallner-Theater 7½ Uhr. **D. beiden Nachtigallen**

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr **Verliebte Leute**

Theater des Ostens (Rose-Theater) 8 Uhr. Berlin - Wien - Konstantinopel.

Berliner Prater Kastanien-Allee 7/9 Täglich 7½ Uhr Die Prinzessin vom Nil Operette in 3 Akten, dazu Spezialitäten-Programm. Beginn d. Konzerts 4½ U.



Theater am Kottbusser Tor Tägl. 7½ Uhr **Elite-Sänger** Volkspreise

SCALA Tägl. 8 Uhr! **Internat. Varieté**

Die Wunder des Ehelebens bezw. **Knabe oder Mädchen** nach Wunsch bestimmen mögl. Lichtb.-Vortrag u. d. Endecker Friedr. Robert erklärt von O. Kirchner. **Prachtsäle des Ostens,** Frankfurter Allee 48, Mittwoch, 28., abds. 8 Uhr. Siehe Plakate. **Vergnügungspalast Gr.-Berlin,** Hasenheide 13-14, Freitag, 30. Juni, abends 8 Uhr.

Altmetalle Eisen, Kupfer, Zink, Blei usw., sow. Zeitungspapier und Flaschen kauft zu höchsten Tagespreisen. **Metallverwertung,** Bellermannstrasse 85

Sämtliche **Metalle** kauft v. Gewerbetreibenden, Händlern u. Fabriken **Schulzendorferstr. 2**

Metall Ankaufsstelle **Osten,** Grün. Weg 86 zahlt Tagespreise für **Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**

Spez.-Beh. nur für **Ischias** 1 Hüft, Gesäß u. Bein. Da schw. Fälle in 15 Tag. beseit. — hierüb. unanfechtb. Heilerf. belieb. u. Referenz. Invalidenstr. 106, **Jacoby** von 9—3.

Geschlechtskranke

Spezial-Arzt Dr. med. Dammanns Heilanstalt

1. Potsdamerstr. 123 B / 2. Friedrichstr. 81 / 3. Königstr. 56-57 am Alexpl. / Sprechst. 9—12, 4—7, Sonnt. 10—12 nur Potsdamerstr. 123 B. Behandl. ausserh. der Sprechs. nach tel. Anruf Nollendorf 104 Lützow 153, Zentrum 8734.

Werbt für unser Blatt!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54 Linienstr. 83-85

Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836

Donnerstag, den 29. Juni 1922, abends 5 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Eisenmöbel-, Schwarzblech-, Möbelschloß- und Ventilatoren-Betriebe im „Dresdener Gesellschaftshaus", Dresdener Straße 116.

Tagesordnung:

1. Vortrag: „Die neue Schlichtungsordnung."
2. Branchenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist unbedingte Pflicht.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Donnerstag, den 29. Juni 1922, abends 6½ Uhr,

Gruppen-Versammlung

der Werkzeugschleifer, in der Schule Gipsstraße 23 a:

Tagesordnung:

1. Neuwahl des Gruppenleiters.
2. Gruppenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Freitag, den 30. Juni 1922, abends 7 Uhr:

Versammlung

aller Lehrlinge aus den Bauschlosserei-Betrieben Berlins im Gesangsaal, Weinmeisterstraße 15—17.

Tagesordnung:

1. Wie steht es mit der Erhöhung der Kostgeldsätze.
2. Branchenangelegenheiten.

Achtung! Erwerbslose (Kranke). Achtung!

Wegen Quartalsschluß bleibt am Sonnabend, den 1. Juli 1922, das Büro der Krankenabteilung geschlossen. Kranke, deren Unterstützung am Sonnabend, den 1. Juli fällig ist, erhalten die Unterstützung schon am Freitag, den 30. Juni ausgezahlt.

Die regelmäßigen Zahlungen erfolgen täglich von 9—1 Uhr. Gesundmeldungen bis 2½ Uhr gegen Vorlegen einer Krankheitsbescheinigung.

Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Pankow

Bekanntmachung.

Durch Reichsgesetz vom 9. Juni 1922 ist die Versicherungspflicht der Angestellten pp. in der Krankenversicherung bis 72 000 M. Jahreseinkommen erweitert und tritt am 1. Juli 1922 in Kraft.

Es sind somit diejenigen Angestellten pp., deren Versicherungspflicht zufolge Uebersteigung von 40 000 M. Jahreseinkommen nicht mehr vorlag, vom 1. Juli 1922 ab wieder versicherungspflichtig bis zum Jahreseinkommen von 72 000 M. und als neue Mitglieder auf den vorgeschriebenen Anmeldekarten anzumelden.

Diese Erweiterung machte eine Vermehrung der Lohnstufen und Grundlöhne notwendig und sind zu den bestehenden 10 Lohnstufen à 6 M. die Stufen 11, 12 und 13 mit 70, 80 und 90 M. täglicher Arbeitsverdienst hinzugefügt.

Zwecks Einreihung in die neuen Mitgliedsstufen werden die Arbeitgeber ersucht, den Arbeitsverdienst der jetzt n der Kasse gemeldeten gewerblichen Personen, sofern der Tagesverdienst 60 M. übersteigt, auf Ummeldungsformularen genau angegeben und uns baldigst zurückzugeben.

Bei dieser Gelegenheit ersuchen wir ferner, die Mitgliedsstufen der übrigen gemeldeten Personen mit den jetzt bestehenden Lohnstufen eingehend zu prüfen und etwa unterlassene Ummeldungen sofort nachzuholen. Wir haben leider feststellen müssen, daß einzelne Arbeitgeber die vorgeschriebenen Ummeldungen nicht immer pünktlich erstatten und werden in Zukunft für jede Unterlassung Strafantrag stellen.

Berlin-Pankow, den 26. Juni 1922.

Der Vorstand.
O. Sättig, Vorsitzender.

Achtung!

Allgemeine Ortskrankenkasse Spandau.

Auf Grund des Gesetzes über Versicherungspflicht in der Krankenversicherung vom 9. Juni 1922, R. G. Bl. 41 S. 497, ist die Versicherungsgrenze für die nach § 165 Abs. II R. V. O. Versicherungspflichtigen mit Wirkung vom 7. Juli 1922 von 40 000,00 M. auf 72 000,00 M. erhöht. Anmeldungen sind spätestens bis zum 21. Juli 1922 bei der Kasse zu bewirken.

Des weiteren sind auf Grund des Gesetzes über Grundlöhne usw. bei den Krankenkassen vom 9. Juni 1922, R. G. Bl. 41 S. 498 und Vorstandsbeschluß der Kasse vom 19. Juni 1922 mit Wirkung vom 1. Juli 1922 die Grundlöhne bis 90,00 M. pro Tag erhöht. Demzufolge sind alle Beschäftigten, die bisher über 54,00 M. pro Tag verdient haben, von ihren Arbeitgebern innerhalb 4 Wochen bei der Kasse umzumelden.

Es gehören vom 1. Juli 1922 ab Mitglieder mit einem Arbeitsverdienst von 54,01 M. bis einschl. 60,00 M. pro Tag zur 10. Stufe; dazu kommen neu:

von 60,01 M. bis einschl. 70,00 M. pro Tag zur 11. Stufe,

von 70,01 M. bis einschl. 80,00 M. pro Tag zur 12. Stufe,

über 80,00 M. pro Tag zur 13. Stufe.

Nach den erfolgten Ummeldungen bleibt der Beitrag in den Stufen A bis 10 in der bisherigen Höhe bestehen,

in der neuen 11. Stufe beträgt er 7,00 M. pro Tag,

in der neuen 12. Stufe beträgt er 8,00 M. pro Tag,

in der neuen 13. Stufe beträgt er 9,00 M. pro Tag.

Die Beiträge müssen also vom 1. Juli 1922 ab in der ebengenannten Höhe zur Kasse abgeführt werden.

Vom selben Zeitpunkt ab beträgt das Krankengeld

für die 11. Stufe 35,00 M. pro Tag,
für die 12. Stufe 40,00 M. pro Tag,
für die 13. Stufe 45,00 M. pro Tag.

Auch bereits eingetretene Unterstützungsfälle haben von da ab Anspruch auf die höheren Leistungen.

Spandau, den 26. Juni 1922.

Der Vorstand.
G. Richter, Vorsitzender.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband

Filiale Berlin, Sebastianstr. 37-38

Achtung! Herren-Konfektion! Achtung!

Am Freitag, den 30. Juni 1922, abends 7 Uhr, in Böters Festsälen, Weberstraße 17

Mitglieder-Versammlung

für die Schneider und Näherinnen.

Desgleichen findet an diesem Tage in demselben Lokal, nachmittags 4 Uhr, für die Zuschneider eine Mitglieder-Versammlung statt.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

„Bericht von den Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband".

Mitgliedsbuch oder -karte legitimiert; ohne dies oder mit mehr als 6 restierenden Wochenbeiträgen kein Zutritt!

Die Branchenkommission.

Vorzügliche Küche, wohlgepflegte Biere bei Musik u. Gesang

bietet das

Heim d. Berliner Arbeiterschaft „Gewerkschaftshaus", Engel-Ufer 25

Platin, Gold- u. Silberbruch

Zahngebisse pro Zahn **80 M.** kauft zu reellen Tagespreisen

Edelmetall-Zentrale - Lemberg Inhaber L. Quast, Neukölln, Bergstrasse, Eingang Gilhauerstrasse, im Laden

Straßenbahnlinien: 7, 15, 10, 22, 47, 48, 55. 5 Minuten vom Ringbahnhof Neukölln.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee.

Bekanntmachung.

Der in den Ausschußsitzungen vom 28. Dezember 1921 bezw. 17. März 1922 beschlossene 13. bis 14. Nachtrag zu unseren Kassensatzungen, enthaltend die Aenderung der §§ 19 Abs. 5 20 Ziff. 1 und § 107, ist durch das Oberversicherungsamt Groß-Berlin genehmigt worden und treten diese beiden Nachträge, sowie der auf Grund des Gesetzes vom 9. Juni 1922 beschlossene 15. Satzungsnachtrag mit dem 1. Juli 1922 in Kraft.

Druckexemplare derselben können in unserem Meldebüro, Bismarckstr. 17, 2 Treppen, Zimmer 5, in Empfang genommen werden.

Berlin-Weißensee, den 19. Juni 1922

Der Vorstand
Brühmüller, Vorsitzender.

Berliner Landpacht-Genossenschaft eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Montag, den 10. Juli 1922, abends 7 Uhr, Generalversammlung im Berliner Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Bekanntgabe der Bilanz. 3. Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 4. Anträge und Geschäftliches. Anträge seitens der Genossen sind spätestens bis zum 6. Juli d. Js. zu Händen des Vorstandes einzureichen. Der Rechnungsabschluß des Geschäftsjahres 1921 liegt zur Einsichtnahme der Genossen von heute ab in der Geschäftsstelle SO., 16 Köpenicker Str. 32a in den Geschäftsstunden von 9—1 und 5—7 Uhr aus. Berlin, den 26. Juni 1922. Der Aufsichtsrat: Martin Krüger. Der Vorstand: Gustav Rehse, Hugo Müller.

Servus,
merke sich ein jeder,
putzt die Schuh',
erhält das Leder.

Chem. Werke Lichtenfeld & Co. A.-G. Berlin-Schöneberg

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Bettwäsche billig, direkt aus Fabrik. Garnitur, Oberbett mit Kissen 210,—, 310,—, 350,—. Bettbezüge ohne Naht 200,—. Bettlaken 96,—. Inletts 320,—. Kessel 20,—. Handtücher 19,50. Wäschestoffe, Tischtücher, bunte Bezüge zu rücksichtslos ermäßigten Preisen. — Ueberschlaglaken, garnierte Kissen enorm billig. Konkurrenzlose Massenauswahl. Streng reelles Angebot. Berliner Bettwäschefabriken: Puttkamerstraße 1 (Ecke Wilhelmstraße), Chausseestraße achtunddreißig (Haltestelle Liesenstr.). Größte Spezialfabriken mit Detailverkauf. Geöffnet ½9 bis 7.

Silberfüchse 400,—, Kreuzfüchse, Wölfe, Weißfüchse, Zobel, Herren-Sport-Gehpelze 50 Prozent herabgesetzt. Ferner sämtliche Herren- und Damenbekleidung, Teppiche, Gardinen, Wäsche, verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a (Keine Lombardware.)

Credit-Haus. Gardinen, Madras, Bett- und Divandecken, Anzüge, Schlüpfer, größte Auswahl, bequeme An- und Abzahlung. Elsasser Str. 44 I, nahe Oranienburger Tor.

Räderverleih. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Erfahräder, Kinderwagen, Puppenw., leihweise, Brunnenstraße 96 (Humboldt 874).

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

3000 Anzüge, Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sommerjacken, Damenmäntel, Pelzkragen, Wäsche usw. gelangen täglich bekannt billig zum Verkauf. Fahrradgültung. Leihhaus Bergmannstraße 47.

Möbel

Möbelspeicher „Gesundbrunnen", Badstraße 31. Seltene Gelegenheit in Schlafzimmern, Spezialität Einbauvorrichtungen, neue und gebrauchte Küchen prima Emaillelack. — Auch außerhalb.

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in seltener Auswahl, bequemste Zahlweise verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurter Str. 58 (5 Minuten vom Alexanderpl.), im Norden: Badstr. 47-48.

Chaiselongues, Umbausofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 450,— an. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Möbel kaufe große, kleine Posten zu Tagespreisen, Huttenstraße 6, „Möbelhalle".

Nußbaum-Kleiderschränke, Spiegelvertikow 6800, Trümaux 2100, Speisetische 900, Rohrstühle 450, Muschelbettstelle 1200. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Weinbergsweg).

Möbelhaus Achfeld, Badstraße 34, noch billige Gelegenheitskäufe in neuen u. gebrauchten Schlafzimmern; Küchen von 1000,—. Schreibtische, Sofas, Stubeneinrichtung 3900,—.

Chaiselongues 325, Metallbetten 300, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstell. Weicke, Augustftr. 32a, Quergeb.

Kaufgesuche

Glühbirnen, Ballampen, sämtliches Elektromaterial kauft Hans Boecker, Strausberger Str. 44, Laden. Reelle Preise.

Metallschmelze. Reanderstraße 35 (nur im Laden), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Sämtliches Elektromaterial kauft Einkaufzentrale, Hennstr. 52. Moabit 6904.

Schallplatten, alte, kauft Metallontor, W. Zohn, Alte Jakobstr. 138, Hallesches Tor.

Pistolen und Prismenfeldstecher kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstraße 50.

Altmetalle und Kugellager kauft zu höchsten Tagespreisen. Baad, Markusstraße 27c.

Silberschmelze Christianat, Köpenicker Straße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Weinkorken und Sektkorken, gebr., kauft stets höchstzahlend (Mengenangabe erwünscht). Selbstabholung. Fr. Ostrowski, W. 57, Bautzener Straße 2.

Glühstrumpfasche kauft Blümel, Elsasser Str. 25a, I.

Zignis, Schellack, Leim, Bleiweiß, Terpentin kauft Handlung chem. Produkte, Landsberger Allee 139. — (Fernspr. Alex. 2993).

Fahrräder

Fahrradankauf. Linienstr. 19.

Fahrräder, neu und gebraucht. Schönhauser Allee 163.

Vermietungen

Wohnungen vermietet, mietet, tauscht Bast, Gollnowstr. 35. Telef.: Königstadt 9564. Filialen: Wedding, Lindower Straße 8; Osten: Lange Str. 76; Südosten: Wiener Str. Nr. 27; Spittelmarkt: Seydelstr. 2; Schöneberg: Hauptstraße 136.